

# Merseburger Tageblatt

## Kreisblatt

**Anzeigenpreis** für die einsp. Zeile und deren Raum 20 St., für Orts- u. kleine Anzeigen, Anschlag und Familie betr. 25 St. Die Zeitung für die auswärtigen Abonnenten kann monatlich oder vierteljährlich bestellt werden. — Für unregelmäßige Bestellungen wird keine Gewähr übernommen. — Druckerei: Merseburger Druckerei. — Preis: 100 Mark für ein Jahr.

## Zeitung für Stadt u.



## Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 57.

Mittwoch, den 19. März 1919.

159. Jahrgang.

### Amtliche Anzeigen

Seite 6 betr.:

- Abgabe von Reuchmitteln im März.
- Belegung der Bodenfestmessen.
- Ueberräumung der Fleischschau an den Tierarzt Dr. Schwarz in Markranstädt.
- Verleihung der Trübsinnchenabzeichen Großschena und Döhl zu einem Trübsinnchenabzeichen.

### Tageschronik

Die praktischen Wirkungen des Lebensmittelabkommens.

- Das Schiffsahrtsabkommen.
- Die deutschen Schiffe bleiben deutsches Eigentum.
- Wilson gegen den Diktatfrieden.
- Die polnische Grenze.
- Schmadelles Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Polen.
- Kein neuer Generalstreik in Mitteldeutschland.
- Abrechnung mit den Unabhängigen.

### Die Lebensmittel für Deutschland.

Antäme in Holland.

Wie wir bereits gestern unter „Lebte Depeschen“ berichtet konnten, ist ein Teil der Lebensmittel, die nach den Brüssel-Verhandlungen sofort an Deutschland geliefert werden sollen, bereits in Rotterdam angeliefert worden. Im „Nieuwe Courant“ wird die Frage erörtern, ob die Lebensmittelverträge der Niederlande groß genug sind, um die Alliierten in der Lebensmittelversorgung Deutschlands zu unterstützen. Wenn Holland Lebensmittel einbringen könnte, solle man sie sofort zur Verfügung stellen, um damit das System der Alliierten zu beschleunigen, da es noch größeres Interesse als die Alliierten daran habe, daß der Völkerverismus, vom Hunger unterjocht, nicht weiter um sich greife. Wieder eine neue Ueberzeugung! Während man bisher annahmte, daß wir unsere Handelschiffe über den Ocean schicken müßten, um drüben die Lebensmittel an Bord zu nehmen, die die Entente für uns aussandert, hat, erzählt man sich, daß diese Lebensmittel gar nicht erst über den Ocean gebracht zu werden brauchen, sondern zum größten Teil schon in Rotterdam liegen, wo sie für die Alliierten eben so gut wie an Bord der Schiffe nach Deutschland gebracht werden können. Wozu bei solcher Sachlage dann aber das Schiffsahrtsabkommen?

Auch Kartoffeln werden geliefert.

Aus London wird gemeldet: Der englische Lebensmittelkontrollrat Roberts teilte bei seiner Rückkehr nach London mit, daß Maßnahmen getroffen würden, unter der Aufsicht der Wirtschaftsbüro 100.000 Tonnen Kartoffeln über Rotterdam nach Deutschland zu senden. Auch werde man Speck und sonstige Milch nach Deutschland ausführen.

Wilson läßt sich berichten.

Die Londoner Blätter melden, Wilson habe den Generalen der amerikanischen Rheinarmee den Auftrag gegeben, ihm unverzüglich eingehende Berichte über die Lebensmittellage im besetzten und unbesetzten Gebiete Deutschlands einzuschicken.

### Das Schiffsahrtsabkommen.

Ueber den Inhalt des neuen Schiffsahrtsabkommens mit der Entente erhobten wir: Die deutschen Delegierten eruchten, für die Zwecke der Außenpolitik und Einzeljahre aus Schweden die Grenzen für die vorläufige Freigabe von Schiffsraum von 1000 auf 2500 Tonnen zu erhöhen. Man kam schließlich überein, daß die Freigabe von Schiffen bis zu 2500 Tonnen in der Zwischenzeit in der Schwede bleibt, d. h. bis zur Wirkung der deutschen Forderungen durch die interalliierten Sachverständigen. Die deutsche Regierung ist verpflichtet, alle ihre Energie darauf zu konzentrieren, Schiffe von erhöhter Tragfähigkeit zu bauen und vom Stapel gehen zu lassen. Die Alliierten bestehen nicht auf der Freigabe von Landampfern. Für die Bedürfnisse der deutschen Ostfront wird eine Anzahl von

Schiffen freigegeben. Ein sehr wichtiger Punkt ist die Frage der Besatzung der deutschen Schiffe. Die feindlichen Vertreter betonen, es könne gar keine Rede davon sein, daß bei der ersten Umfassung der britischen und französischen Häfen durch deutsche Mannschaften diese beibehalten würden. Die deutschen Mannschaften würden auf Kosten der Alliierten, aber auf Kosten der Deutschen, zu stellen hätte. In der Heimatland zu rück beibehalten. Dagegen wäre die Frage der deutschen Besatzung der Schiffe für eine nochmalige, sehr ernste Erwägung reif, wenn Deutschland seine eigenen Schiffe mit Kohle versorgen könnte, so daß sie die transatlantische Fahrt machen könnten, ohne in England oder Frankreich zu bunkern. Dagegen werden wahrscheinlich die deutschen Besatzungen von Schiffen, die in entfernten neutralen Häfen liegen, z. B. in Südamerika oder in Holländischen Häfen, beibehalten werden.

Die deutsche Regierung verpflichtet sich, sofort folgende Dampfer auszulassen: „Jeppe“, „Brig Friedrich Wilhelm“, „Graf Weddese“, „Patria“, „Kap Prinz Terze“, „Prätor“, „Cleveland“, „Reiserin Aquila Victoria“. Eine Diskussion entspann sich auch darüber, ob die auf deutschen Werften im Bau befindlichen Schiffe unter das Abkommen fallen und ausgeliefert werden sollen, oder im deutschen Besitz bleiben. Die Deutschen vertreten natürlich den Standpunkt, daß diese Schiffe nicht unter das Abkommen fallen. Die feindlichen Delegierten werden darüber ihren Regierungen berichten.

Die deutschen Schiffe bleiben deutsches Eigentum.

Im Verlauf seiner Mitteilungen an die alliierten Pressevertreter hat sich von über das Schicksal der deutschen Handelsflotte erklärt, daß diese nur zur Befriedigung der interalliierten Ernährungs-Kommission gestellt ist, aber nicht in den Besitz der Alliierten übergehen werde.

Der Herr „Times“ erfahren, daß von den 122 deutschen Schiffen, die in Argentinien und Chile interniert sind, der Großteil für die Rohstoff- und Nahrungsmitteletransporte nach Europa verwendet werden soll. Die Alliierten treten zu diesem Zweck demnach mit den argentinischen und chilenischen Vertretern in Paris in Unterhandlungen.

### Die praktischen Wirkungen.

Ueber die praktischen Wirkungen des zwischen Deutschland und der Entente geschlossenen Lebensmittelabkommens auf die Versorgung Deutschlands in der nächsten Zukunft kann eine sichere Ueberblick im Augenblick noch nicht gegeben werden. Garantiert hat die Entente nur die erste Sendung von 270.000 Zentner Getreide sowie Sendungen an Konzentrat und kandierte Milch. Die Quantitäten zu werden, selbst wenn die 270.000 Tonnen Getreide in Deutschland angeliefert sind, die gleichen bleiben wie bisher, denn ohne diese garantierte Getreidezufuhr hätten unsere Produktionen zweifellos schon in nächster Zeit heruntergebrochen werden müssen.

Für die weiteren Sendungen ist uns keine Garantie geliefert, sondern nur das Einfuhrrecht erteilt, wenn wir zu bezahlen in der Lage sind. Galt es uns, diese Voraussetzung zu erfüllen, dann wird sich später allerdings unsere Versorgung, insbesondere in Brot, Fleisch und Fett günstiger gestalten. Man wird aber zu tun, sich vorläufig vor übertriebenem Optimismus zu hüten.

### Die Parfriedens-Konferenz.

Anerkennung der deutschen Regierung durch die Entente?

Nach in Berlin vorliegenden Telegrammen aus Paris meldet „Somme Libre“, daß die Alliierten am 13. März die Anerkennung der jetzigen deutschen Regierung beschlossen haben.

In maßgebender amtlicher Stelle in Berlin ist bis jetzt von der Anerkennung der deutschen Regierung durch die Entente nichts bekannt.

### Wilson gegen den Diktatfrieden.

Nach einer Meldung der „Luzerner „Stampa“ aus Paris hat Wilson auf der Pariser Konferenz energig Einspruch gegen eine Vergewaltigung Deutschlands erhoben. Er erklärte, nicht zugeben zu können, daß Deutschland Bedingungen auferlegt werden, die einen solchen Wiederaufschwung seiner Produktionsfähigkeit unmöglich machen.

Die „Times“ melden aus Newyork: Nach seiner Abreise sprach Wilson die Hoffnung aus, daß Präsident Wilson mit der Delegation am 15. Mai in Amerika wieder eintreffen werde. Er hoffe, daß sobald das gewaltige Werk eines ge-

### Bauern- und Landarbeiterräte.

In verchiedenen Tageszeitungen las man Ende Februar, daß sich bestimmte Mitglieder der Reichsregierung, u. a. Herr Scheibmann, dahin geäußert haben, daß das Räte-System in dem Verwaltungsapparat in irgend einer Form zu veranlassen ist. Nur hierdurch lassen sich Kenntnisse mit den vertriebenen Räten, wie sie immer wieder vorkommen, vereinbaren. Geht es denn, daß dieser Gedanke unter den Mitgliedern der Reichsregierung Raum gewinnt und vielleicht noch von dem demnach zu erwartenden preussischen Regierung unterstützt wird, so sehen wir eines Morgens vor vollendeten Tatsachen und man hat uns ein Geiseln bereit, das nur denen zugute kommt, die rechtlich auf dem Plan waren — nämlich den Reichlern in den Städten und den Soldaten. Andere Vorteile, die infolge ihrer Eignung weniger als Bedürfnis nach einem „Räte“ haben, mögen ja gern von vornherein auf das Geiseln verzichten. Die Bauern und Landarbeiter müssen aber, wenn sie nicht wollen, daß ihnen von Außensternern vorgegeben wird, wie sie sich in ihrer Wirtschaft zu betätigen haben, sofort daran gehen, überall da, wo noch keine Bauern- und Landarbeiterräte gebildet sind, diese zu schaffen, um im gegebenen Augenblick mit einer lädenlosen Freimaurer-Verbindung zu treten.

Ueber die Notwendigkeit der Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten gibt am besten der Erlass des Staatssekretärs des Reichsernährungsamtes vom 16. Januar 1919, A II 13.624, Auskunft. Zunächst bringt dieser Erlass zum Ausdruck, daß die Bildung der Bauern- und Landarbeiterräte, soweit es nicht schon geschehen, dringend erwünscht und mit höchster Beschleunigung durchzuführen ist. In einigen Bundesländern sind bereits Bauern- und Landarbeiterräte gebildet worden. Ihre Tätigkeit ist jedoch nicht lediglich auf wirtschaftliche Gebiete und sie werden hier auch derartig in Anspruch genommen, daß sie Zeit für politische Betätigung kaum finden werden.

Die Bauern- und Landarbeiterräte sind den Behörden gegenüber selbständig und unabhängig, so daß ihre Tätigkeit auf den ihnen zugewiesenen Gebieten an behördlichen Aufträgen nicht gebunden ist. Jedoch haben sie bis zu ihrem Aufbruch nur durch behördliche Anordnungen getroffen werden können, zu enthalten.

Die Behörden sind bemüht, die Anträge der Bauern- und Landarbeiterräte auf das zureichendste zu prüfen und weitestgehende Unterstützung anzuwenden zu lassen. Insbesondere werden die Behörden vor dem Erlass von Anordnungen über Belohnungsmaßnahmen, Erteilung von landwirtschaftlichen Erlaubnissen, Bekämpfung des Scheiters usw. sich die Mitarbeit der Bauern- und Landarbeiterräte sichern.

Überall da, wo die A- und B-Räte infolge Unkenntnis der Aufgaben der Bauern- und Landarbeiterräte ihre Entsendung unmöglich gemacht haben, muß nunmehr nachdem ihnen bereits erwidert worden, vorausgesetzt, daß die mit B-Räten am dem letzten Lande, die über ihre eigenen Rechte und Pflichten mehr oder weniger richtig beraten sind, nicht bösartig die Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten zu fördern werden.

Die politische Gemeinde, also der Gemeindevorsteher, hat das größte Interesse daran, daß in seiner Gemeinde ein Bauern- und Landarbeiterrat gebildet wird, der ihm in wirtschaftlichen Fragen wertvolle Rat erteilt. Seine Rechte als Vorsteher der Gemeinde werden hierdurch nicht berührt. Neben diesem persönlichen Interesse steht aber auch die Pflicht, denn in dem Erlasse des Reichsernährungsamtes vom 22. November 1918 sind die Vorbereitungen zu den Wahlen, sowie die Leitung des Wahlortes selbst den Gemeindevorständen übertragen. Demzufolge dürfte heute in Preußen keine Gemeinde mehr ohne diese wirtschaftliche Interessensvertretung sein. Leider ist dies aber nicht der Fall.

Fordert deshalb die Bauern- und Landarbeiterräte und alle, die ihr in ihrem Hauptberufe vornehmlich im Interesse der Landwirtschaft tätig sind, von Euren Gemeindevorständen die sofortige Verbeurkundung der Wahlen zu einem Bauern- und Landarbeiterrat, damit bereitwillig wird, daß Euch eines Tages Nichtsdesto trotz als Wirtschaftsberater vorsetzt werden.

Die bereits bestehenden Kreis- und Bezirks-Bauern- und Landarbeiterräte werden den Gemeinden gern beratend zur Seite stehen.

rechten (1), selbstlosen (1) Friedens, der die Wahrscheinlichkeit erweckt, (2) Dauer in sich trage, vollendet werden wird. Man wird diese Stimmungen nach ihrem wahren Wert allmählich zu würdigen wissen.

### „Eine deutsche Revolution.“

Die „Zürcher Morgenzeitung“ meldet aus Paris: Die französische Öffentlichkeit wendet ihr volles Interesse den im Laufe des März eintreffenden deutschen Delegierten zu. Die Presse bezeichnet die eintreffenden 200 Mitglieder der deutschen Abordnung als eine deutsche Revolu-

flon und spricht die Hoffnung aus, daß die Nachrich-  
ten unter den Persönlichkeiten auch der früheren deutsche  
Botschafter in Amerika, Graf Bernstorff, befinden, und daß  
Wann fürchtete keine guten Beziehungen zu den Amerikanern  
und deren eventuelle Rückwirkungen.

### Das Kalibabkommen.

In Rotterdam ist nach telegraphischer Meldung gestern das  
Abkommen über die Lieferung von Kali nach  
England abgeschlossen worden. Es ist nicht aus-  
geschlossen, daß es noch zu weiteren Abkommen zur Liefer-  
ung von Nitraten nach Amerika kommt. England  
nimmt 30 000 Tonnen ab, deren Betrag der deutschen Regierung  
angerechnet wird, um auf die Bezahlung der Lebensmittel  
angewandt zu werden. 10 000 Tonnen gehen über Hamburg  
und Bremen, 20 000 über Rotterdam.

### Die polnische Grenze.

Wie der „Tamp“ berichtet, hat die Konvention-Kommission  
zur Prüfung der polnischen Ansprüche die polnische Grenze wie  
folgt gezogen: Die vorgeschlagene Linie beginnt an der Mündung  
einiger Nebenflüsse der kleinen Stadt Pleszka entfernt. Sie  
umfließt einen kleinen pommerischen Geleitsflüßchen mit polnischer  
Bevölkerung, sie fließt dagegen die Bezirke von Buczow und  
Schlodau und Deutsch-Krone bei Deutschhau, ob-  
wohl die beiden letzten Bezirke zum historischen Polen gehören.  
Sie umfließt dann Kaulitz, Schredemühl, läßt aber die  
polnischen Bezirke Scherwin und Mejeritz, die eine Ein-  
büdung in die Provinz Brandenburg bilden, bei Deutschhau,  
Wierbaum, Lissa und Kroschitz werden zu Polen  
gehören. Einige Zweifel bestehen noch über die Grenze in  
Schlesien. Ueber das Schicksal von Groß-Wartenberg  
und Wamslau in Mittelschlesien ist noch nichts bestimmt,  
dagegen soll ganz Oberschlesien mit der Eisenbahn von Ratibor  
nach Döberitz zu Polen gehören. Die scheidende Grenze wird  
bei Ratibor errichtet.

### Unterzeichnung des Friedens gegen Osnern?

Ein Pariser Blatt glaubt, daß die Alliierten im April den  
deutschen Bevollmächtigten ihre Beschlüsse mitteilen können.  
Die Verhandlungen werden in Versailles stattfinden, wo gegen  
Osnern das Friedensabkommen unterzeichnet werden würde.

### Entente-Ministerium an Rußland?

„Daily Telegraph“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren  
haben, daß eine inoffizielle Kommission von Finanzministern der  
Entente nach Moskau unterwegs ist, um eine Einigung mit  
Rußland zu erzielen und wirtschaftliche Zugeständnisse zu  
erlangen. Wahrscheinlich wird, so heißt es in der „Daily Tele-  
graph“-Meldung weiter, die Sowjetregierung von den demo-  
kratischen Regierungen der Weltmächte in nicht zu ferne Zeit  
erkannt werden.

### Eine Entente-Kommission für Litauen.

In Romo traf eine Entente-Kommission, bestehend aus drei  
amerikanischen Offizieren und einem Professor, zum Studium  
der Verhältnisse in Litauen ein. Die Kommission wurde  
von Vertretern der litauischen Regierung am Bahnhof  
empfangen.

### Schmachvolle Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen durch die Polen.

Die deutsche Weissenhof-Kommission hat Kenntnis er-  
halten, daß die Polen deutsche Kriegsgefangene schmachvoll be-  
handeln. Ihre Verhaftung, die zum Teil aus verbor-  
nenem Mitleid besteht, ist gänzlich unzureichend. Die deutschen  
Kriegsgefangenen sind in engen, erstallenen unterirdischen  
Räumen untergebracht. Ihre Verpflegung besteht nur aus  
Reisflüssigkeit und Holzpflanzen. Sie erhalten keine Decken,  
Schlaf-Eckbetten und Wäscheartikel. Ferner ist auch noch  
die Prügelstrafe für die geringsten Vergehen eingeführt.  
Bei der Gefangenennahme wurde in einem Falle den Deutschen  
ausnahmslos ihr gesamtes Hab und Gut gestohlen.  
Die deutsche Kommission erforderte fernerlich dagegen und  
erhielt die Entente bei der interalliierten Kommission in  
Warschau nachdrücklich Verwahrung einzulegen und für schnelle  
Wahlfälle bemüht zu sein.

### Erfolge im Osten.

Die Weissenhof-Kommission meldet vom 16. März: Groß-  
Wieden und Friedrichsberg werden besetzt. Die  
von den Bolschewisten in Richtung Schloß abgeführten über  
100 Zivilgefangenen aus Tollen und Tadmum wurden durch  
1000 Zivilisten freigesetzt. In der Operation zur Befreiung  
Lettlands vorausgeschickte eintretende Veränderungen ist  
durch die überaus großen Schwierigkeiten, insbesondere durch  
die Einrückung der Seetransporte von deutschen Hilfsmitteln  
nach Lettland veranlaßt.

Nach der Einnahme Lettlands ist Klappentum am  
Rigaischen Meerbusen, vier West-Wälder Angelegenheit, erreicht  
worden. Die Bolschewisten haben sich auf Schloß zurückgezogen.  
Das Zentrum hat seinen Vornamen fortgesetzt und Neuen-  
burg genommen. Durch gemeinsame Operationen der litauischen,  
russischen und baltisch-deutschen Truppen ist eine  
doppelte Frontverengung erzielt worden.

### Ein russisches Heer gegen Deutschland?

Die „Times“ vernehmen aus Helfingsfors: Die Regierung  
in Moskau hat auf Grundens Wunsch dem Kisten Generalfeld-  
marschall gehen, so schnell wie möglich den Plan für ein  
Heer von 150 000 Mann zu entwerfen, das im April  
oder Mai durch Polen und Russland in Deutschland ein-  
dringen soll. Hauptzweck dieses Heeres ist die Unter-  
drückung der Spartakisten in Deutschland und  
ferner die 100 000 russischen Kriegsgefangenen, die sich noch  
in Deutschland befinden, für Offensiv- oder Defensiv-Operationen  
kampffähig zu machen. Dieser Plan wird einem angeli-  
schen Major Wuid, einem ehemaligen deutschen Kriegsange-  
hörigen, der in Moskau eine große Rolle spielt und sich als Kom-  
mandant und Spartakist hervortritt, zugeschrieben.

### Die Jarin nicht ermordet?

Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ aus Wien meldet, hat  
der aus Petersburg zurückgekehrte schwedische Gesandte mit-  
geteilt, daß die Jarin, deren Tochter und der Jarin-  
wittich noch am Leben sind.

## Die Schuldigen.

### Abrechnungen in der Preussischen Landesversammlung.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Adolf Hoffmann forderte am Sonnabend, daß am  
Montag endlich sein Antrag wegen Aufhebung des Be-  
lagerungszustandes und des Standrechts und zur Ein-  
setzung einer Kommission, die die Gravel der Regierungstruppen  
untersuchen soll, verhandelt werde. Am Freitag hat er eine  
Vorbereitung gehalten und dreizehn Stunden mit „Material“  
aufgewartet, das die Spartakisten reichlich und die Regierung  
struppen samt und besonders zu Verbrechen machte. Schon da-  
mals hat der Unzufriedenheit der Unabhängigen bittere Wahr-  
heiten gesagt, ihre Sache als die Ursache der großen Schrecken-  
zeiten im Reichlande bezeichnet und ihre Stellung gebührend  
dargestellt. Gestern nun wurde die

### Mitteilung gegen die Unabhängigen fortgesetzt.

Minister Friedrich und Reichsminister Reinhard folgten  
den Unabhängigen bittere Wahrheiten. Schärer aber ging mit  
ihnen der Möglichkeit der Sozialisten im Jung, der Zeit-  
schadenmaterial vorzuziehen, das genügt, damit man die  
Unabhängigen an der Berliner Unruhen und den Unruhen im  
Reiche beteiligt seien und wir unerschrocken und rücksichtslos im  
Parteilager Adolf Hoffmanns überroll, wo sie es vermochten,  
gewütet hätten. Es gab Stürme der Entrüstung auf der Seite  
der Unabhängigen, Stürme der Empörung auf der anderen  
Seite des Saales, die noch fröhlicher durchschlugen, als mit einer  
geschickten Rede der Demokrat Riedel, Carl-Lorenzberg nach-  
weise, was die Unabhängigen bei den Berliner Kämpfen, beim  
Berliner Generalkrieg, in Halle, Leipzig, im Ruhrgebiet, im  
Düsseldorf an Schuld auf sich haben lassen.

Für die Herren um Adolf Hoffmann dieser Mann muß jetzt  
wohl der Führer der Unabhängigen in der Landesversammlung  
geworden sein) gab es viele peinliche Momente. Und

### Landesversammler! Stuhndruck! Wörder!

riefen ihnen die Demokraten zu, drohende Faustle erhoben sich  
im ganzen Saale gegen diejenigen, die Spartakus zu Köpfen  
suchten, weil sie ihn zum Wörden und Wörden bewogen  
haben. Niebels Worte waren für jeden, der Ruhe und Ord-  
nung will, herzerfrischend. Sie verdienen weit bekannt zu werden,  
denn sie werden viele Wäpfer, die sich durch die Unab-  
hängigen in den Streit treiben lassen, bekehren, weiß freud-  
liches Spiel diese Leute mit ihnen getrieben haben. Der  
Deutschnationale Dr. Kaulemann ist nicht weniger, als  
daß die Deutschnationalen mit den Unabhängigen immer gleich-  
zeitig als Oppositionspartei bekannt würden. Man wolle

mit solchen Reuten nichts zu tun haben  
und werde sich stets überlegen, wenn in einer Frage die Unab-  
hängigen opponieren, ob man nicht einen anderen Weg ein-  
schlagen müsse. Mit diesen Reuten finde niemand zusammen-  
gehen. Große Schuld muß er der Regierung bei, die mit ihren  
Maßnahmen zu spät gekommen sei.

Rechtlich anführen sich auch die Reuter des Zentrums und  
der Deutschen Volkspartei. Von jeder Partei traten zwei Re-  
bner an. Die Frage war viel zu wichtig, als das man sie mit  
einer einfachen Abstimmung abzu tun konnte. Und so geschah  
es denn auch, daß die Debatte die heutige Tagesordnung allein  
ausfüllte und der zweite Punkt abgelehnt werden mußte. Die  
Unabhängigen werden den heutigen Tag nicht vergessen. Und  
das Volk wird, wenn es die Abrechnung in der preussischen  
Landesversammlung liest, endlich einmal volle Klarheit über die  
Partei erhalten, die lieber bei den letzten Wahlen einen Stim-  
menzuwachs gerechnet konnte.

### Das Zentrum bleibt unabhängig.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Wie  
mir aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, hat bisher  
noch keine Einigung zwischen Zentrum, Demokraten und Sozial-  
demokraten in der preussischen Landesversammlung stattgefunden.  
Aber weil sich in der Kulturfrage (socioökonomische Volksschule)  
keine Brücke zwischen den Anhängungen des Zentrums und den  
anderen Parteien schlagen ließ. Aus diesem Grunde ist jetzt  
denn auch zu rechnen, daß das Zentrum auch darauf verzichtet, sich an  
der Bildung des preussischen Ministeriums zu beteiligen. Dieses  
soll, wie man hört, nur aus Demokraten und Sozialdemokraten  
zusammengesetzt werden. Viele beiden Parteien haben eine  
keine Mehrheit im Saale von etwa zwanzig Stimmen. Das  
Zentrum will unabhängig bleiben, so daß in der preussischen  
Landesversammlung verschiedene Mehrheitsbildungen möglich  
sind. Eine Unterstützung auf die Nationalversammlung dürfte  
unter diesen Umständen sich kaum vermeiden lassen.

Zu den jetzt beginnenden Verhandlungen zwischen den  
Parteien über die Bildung der neuen preussischen  
Regierung legt die „Deutsche Allgem. Ztg.“ u. a. die  
Frage der Teilnahme des Zentrums scharf noch immer  
auf große Schwierigkeiten. Die Einwirkung eines nur  
formalen Reichstages erlösen möchte. Man scheint jedoch nicht  
als ein der Zentrumsanstellung des Volksschulens gerade  
währendes Meinotend. Die Zentrumspartei hat sich mit der  
Einheitsliste als solcher abgefunden, will aber davor von  
der Staatsmacht befreite Privatinitiativen verlangen. Die Mit-  
arbeit des Zentrums wäre im Augenblicke zweifellos wertvoll.

### Der Uebergang zum Reichstag.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:  
In politischen Kreisen rechnet man damit, daß die Natio-  
nalversammlung ihre Arbeiten etwa Ende April beenden  
wird und daß dann etwa Anfang Juni die Wahl des ersten  
deutschen Reichstages erfolgen möchte. Man scheint jedoch die  
Regierung, die das Wahlgesetz nicht länger Zeit noch ge-  
habt hat, von ihrem bisherigen Standpunkt abgenommen zu  
sein, sobald wieder eine neue Wahl anzusetzen. Und sie findet  
in der Nationalversammlung darin Unterstützung, daß die  
Nationalversammlung sich einfach als deut-  
sche Reichstag erklärt und nach Beendigung seiner  
Arbeiten nach Berlin überführt und hier die Arbeiten aus-  
führt, die dem Reichstag zu tun wären. Schon jetzt sind  
bereits eine Mehrheit für diesen Plan vorhanden zu sein. Man  
ist der Ansicht, daß neue Wahlen doch ein anderes Resultat  
ergeben (??), nur neue Auftritte schaffen würden, aber doch  
die gleichen Persönlichkeiten wieder in das Parlament ein-  
setzen. Diese Ansicht wird von den Parteien, die nicht der Mehrheit  
angehören, scharf bekämpft, so daß noch nicht feststeht, ob wirklich  
die Nationalversammlung sich einfach als Reichstag erklären  
und nach Erledigung ihrer Arbeiten nach Berlin überführt wird.  
Doch scheint die Frage bei dem nächsten Zusammenkommen der  
Nationalversammlung in den Vordergrund geschoben zu werden.

## Ludendorff und Scheidemann.

### Eine Auseinandersetzung über den „Sofarbeer“.

Die „Wolfske Zeitung“ veröffentlicht einen interessanten  
Briefwechsel zwischen dem General Ludendorff und dem  
Ministerpräsidenten Scheidemann über die Beziehung Ludendorffs  
auf die Regierung Scheidemanns, Ludendorff sei ein „Sofar-  
beer“, geföhrt worden ist.

In einem Briefe vom 28. Februar 1919 an Scheidemann  
schreibt Ludendorff: „Euer Excellenz haben als Hofarbeer  
einen Mann bezeichnet, der alles auf eine Karte legt, ohne die  
Folgen zu bedenken, die ein Verlangen dieser Karte nach sich zieht.  
Ein solcher Hofarbeer ist ich geworden. Ich muß gegen diese  
Missfassung bestimmt Einspruch erheben.“ Ludendorff fährt  
fort: „Zur Befestigung Ihrer Auffassung erkläre ich  
Exzellenz, es habe allemal bei mir, daß ich selbst am 1. Oktober  
1918 geäußert habe: „Ich komme mir vor wie ein Hofar-  
spieler.“ Darauf habe ich zu erwidern: „Ich habe damals Ver-  
treter der Regierung gegenüber unsere militärische Lage dar-  
gelegt, die mich veranlaßt, die Reichsleitung um Ein-  
stellung von Weissenhof-Ländern und Friedens-  
bedingungen zu ersuchen.“ In diesem Zusammen-  
hang habe ich geäußert: „Ich komme mir vor wie ein Hofar-  
spieler vor, wenn ich jetzt nicht auf Vermeidung  
des Krieges dränge.“ Ich mag auch gesagt haben: „Ich  
komme mir wie ein Hofarspieler vor, darum bringe ich auf die  
Einleitung der Verhandlungen.“ Jedemfalls war der klare Sinn  
meiner Worte immer der: „Ich will nicht Hofar-  
spieler sein, will nicht alles auf eine Karte setzen, das ist  
meine ideologische Auffassung zu sein.“ Ludendorff schließt mit  
der Aufforderung: „Ich ersuche Sie, mich gegen die oben  
genannten Aussagen für Ihre Wollen und Handlungen einzu-  
setzen.“ Ministerpräsident Scheidemann erwiderte am 5. März  
u. a.: „Ein eingehendes Bild der Haltung Euer Excellenz in der  
Weissenhof-Ländersache wird sich aus den Dokumenten ergeben,  
welche die Reichsregierung im März veröffentlicht wird. Der  
Mund Euer Excellenz, vor einem Staatsanwalter Hof für  
Ihre Wollen und Handlungen einzuwirken, könnte erst erfüllt werden,  
wenn die entsprechende Verurteilung und damit auch der in ihr  
vorgesehene Staatsgerichtshof beschloffen worden  
wird.“ Darauf antwortete Ludendorff in einem hier  
ausführlichen Briefe vom 12. März. Er führte aus, daß  
Scheidemann an der Tatsache vorbeigehe, daß  
seine, Ludendorffs Vermutung über den Hofarspieler genau in  
das Gegenteil verkehrt worden ist. Damit gibt Ludendorff  
eine eingehende Darstellung seiner Stellung zu den Weissenhof-  
Ländersachen. Er bemerkt, daß er auf sofortige Herausgabe  
des Friedensangebotes erst gedrängt habe, als er erkennen  
mußte, daß der von ihm angenommene Termin nicht eingehalten  
wurde. „Dann laßt Ludendorff: „Da Euer Excellenz der Re-  
gistrierung am 17. Oktober beizugehen haben, dürfen Euer  
Exzellenz hoffen, daß ich nicht geäußert habe: „Die deutsche  
Front habe besser gehalten, als ich gedacht  
habe.“ — Ludendorff erklärt dann: „Euer Excellenz müßte  
es schließlich auch bekannt sein, daß ich am 17. Oktober den Ab-  
bruch der Verhandlungen überhaupt nicht geahnt, sondern im  
Gegegnung mit mir verlangt habe: Nicht abrechen mit  
Wäpfer, wir werden sehen müssen, wenn ich möglich, zu Ver-  
handlungen zu kommen, aber keine Bedingungen, die uns ver-  
leihen, keine Preisgabe des Weissenhofes.“ Ich fasse zu-  
ammen: „Die Anforderung des Weissenhofes wurde ich  
noch schwerer vor seine Unterzeichnung, aber am schwersten war  
die Tatsache, daß die Reichsleitung den von uns vorgeschlagenen  
und in der Reichstagsrede des Bringen Max von Baden am  
5. Oktober veröffentlichten Weg verlassen hat.“ Ludendorff schließt  
mit der Versicherung, daß seine Anwesenheit in Weissenhof ein vollstän-  
diges Bild seines Handelns abgeben werden.

Ministerpräsident Scheidemann antwortet dem „Vormärz“  
folgende Erklärung: „Aus der Presse erziehe ich, daß der General  
Ludendorff am 13. März wieder einen Brief an mich geschrieben haben  
soll — er ist dem Inhalt nach die Besprechung der Weissenhof-  
Ländersache — wie er dem Inhalt nach — zu vernehmen. Eine nachmalige Ein-  
wort meinerseits erbringt sich, nachdem ich dem Herrn General bereits  
am 5. März mitgeteilt habe, daß die Regierung demnach eine  
Sammlung von Dokumenten herauszubringen, durch die die Haltung des  
Herrn Ludendorff vollkommen klar werden wird.“ Scheidemann  
schließt mit dem Hinweis die „Allg. Ztg.“: „Schließlich ist die Haltung des  
Ministerpräsidenten nicht, sie ist der Stellung des Ministers eben-  
mäßig wichtig wie der Persönlichkeit des Empfängers.“

### Scheidemanns Antwort.

Das Weissenhof-Bureau hat sich an Herrn von Bethmann  
Gollmann über die Bitte gewandt um nähere Auskunft über die  
Mittelungen des Prof. Scheidemann und von ihm folgende Ant-  
wort erhalten:

Auf den von Herrn Professor Scheidemann bekehrten Weg  
der Indiscretion wird zu bestehen, ist mir, wie Sie verstehen  
werden, nicht möglich. Die Weissenhof-Liste, die Herr Professor  
Scheidemann im Vertrauen auf seine Verbindlichkeit geworden  
ist, umschreibt nur einen kleinen, allerdings wichtigen Teil  
in der diplomatischen Verwickelung. Der Herr Verfasser  
hat in der Behauptung, daß dem Kaiser irgendeine für die  
Kernis der internationalen Verhältnisse wesentliche Momente  
oder Tatsachen vorenthalten worden wären. In meinen  
Porträgen und in den Verträgen des Staatssekretärs des  
Auswärtigen Amtes ist dem Kaiser die Lage stets geschildert  
worden, wie sie sich nach dem Ergebnis des abgemachten Materials  
mit Einfluß abnehmer Verträge darstellte (H). Der Kaiser ist  
in seinem Zeitpunkt über die Gefahren der gegenwärtigen Anliege  
im Zweifel geblieben worden und vor sich von dem von Jahr  
zu Jahr zu nehmenden Ernst der Lage tief durchdrungen. Doch  
mit persönlich der Hand zur Schlichterei fern, brachte ich  
samt zu betonen. Wenn Herr Professor Scheidemann die Zu-  
lassung der Nordlandreise als unverantwortlich betrachtet, ist  
überflüssig, er daß unpassend um die gleiche Zeit ein besonders  
eifriges Mittel der gegenwärtigen Konstellation, der Präsident  
Polen, auf See war (H). Was ein Gebrauch der Geheim-  
nisse England gegenüber in den Jahren 1911 und 12 den Weis-  
sening hätte verhindern können, läßt sich nicht. Herr Professor  
Scheidemann, der von der Fiktion der Beziehungen innerhalb  
der Entente ein klares Bild hatte, müßte wissen, daß jeder  
Sprunghoch nur das Ergebnis weiterer Festigung gehabt (H)  
haben würde. Er scheint sich zu überlegen, daß 1911 das Jahr  
der Völkervereinigung und 1912 das Jahr des Grey-Cambon-  
schen Vertriebs gewesen ist.

Ein edler Bethmann. Ein Antihuman Scheidemann, der  
Kaiser hat von den Ergebnissen der englisch-russischen Korre-  
spondenz keine Kenntnis erhalten, wird nicht in die Kritik  
es wird aber zu dem Zweck, daß es schmerzhaft ist, als ich  
Scheidemann im Unrecht. Das alte Weissenhof-Bureau a. d. Weis-  
sening, dessen angebliche Früchte uns loben solltet werden!

### Sein neuer Generalfeld in Mitteldeutschland.

Der Nationsansatz für den Generalfeld in Mittel-  
deutschland in Halle hat nach einer Meldung der „N. N.“ er-











Ämtliche Anzeigen

Bekanntmachung

betreffend Abrechnung der Fleischbesamung an den Tierarzt Dr. Schmarz in Markersdorf.

Der Landrat. Hr. v. Wilimowski.

Bekanntmachung

Während der für den Trichinenkrankeubehring Großlehna bestellte Trichinenschauer Platz in Kleinlehna sein Amt als Trichinenschauer niedergelagt hat...

Der Landrat. Hr. v. Wilimowski.

Bekanntmachung

Aber 300 Gramm Menge. Die Nettomenge für die Waage vom 16. bis 22. März 1919 wird hiermit für Merseburg-Land auf alle gewöhnlichen Bismarcken auf 50 Gramm...

Der Landrat. Hr. v. Wilimowski.

Bekanntmachung

Auf die März-Marien der Reichsmittel-Sache des Reiches Merseburg bitten die Verkaufsstellen.

Der Landrat. Hr. v. Wilimowski.

Bekanntmachung

am Donnerstag, den 20. März 1919, von nachmittags 4 Uhr ab in der Werkstätte...

Der Landrat. Hr. v. Wilimowski.

Bekanntmachung

Er hat seine Etich- und Eisenstücke, beschädigt durch die Bombardierung...

Der Landrat. Hr. v. Wilimowski.

Bekanntmachung

zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Blattes.

Der Landrat. Hr. v. Wilimowski.

Bekanntmachung

zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Blattes.

Der Landrat. Hr. v. Wilimowski.

Bekanntmachung

zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Blattes.

Der Landrat. Hr. v. Wilimowski.

Bekanntmachung

zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Blattes.

Der Landrat. Hr. v. Wilimowski.

Bekanntmachung

zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Blattes.

Der Landrat. Hr. v. Wilimowski.

Bekanntmachung

Um Irrtümer zu vermeiden, wird hierdurch nochmals bekanntgegeben, daß alle Entlassenen, die glauben, sich Forderungen an ihren Truppenteil zu haben...

Diejenigen, die bereits ihre Papiere nach hier gefandt haben und das Geld noch nicht besitzen, müssen sich noch etwas gedulden...

Der Kommandant. Major u. Kommandeur. Weissenfels, den 15. März 1919.

Bekanntmachung

Die letzten Eintritte notwendig gemachten Wahlen zum Arbeiterrat in der Stadt Merseburg...

Der Magistrat. Merseburg, den 18. März 1919.

Bekanntmachung

Die Wahlvorschlüge sind bis spätestens Donnerstag, den 20. März, mittags 12 Uhr, an den Magistrat einzureichen.

Der Magistrat. Merseburg, den 18. März 1919.

Bekanntmachung

ausgabe von Pflanzensamen auf Bezugchein und Quittung Nr. 100 der Lebensmittelkarte Nr. 1-4800.

Der Magistrat. Merseburg, den 18. März 1919.

Bekanntmachung

ausgabe von Pflanzensamen auf Bezugchein und Quittung Nr. 100 der Lebensmittelkarte Nr. 1-4800.

Der Magistrat. Merseburg, den 18. März 1919.

Bekanntmachung

ausgabe von Pflanzensamen auf Bezugchein und Quittung Nr. 100 der Lebensmittelkarte Nr. 1-4800.

Der Magistrat. Merseburg, den 18. März 1919.

Bekanntmachung

ausgabe von Pflanzensamen auf Bezugchein und Quittung Nr. 100 der Lebensmittelkarte Nr. 1-4800.

Der Magistrat. Merseburg, den 18. März 1919.

Bekanntmachung

ausgabe von Pflanzensamen auf Bezugchein und Quittung Nr. 100 der Lebensmittelkarte Nr. 1-4800.

Der Magistrat. Merseburg, den 18. März 1919.

Bekanntmachung

ausgabe von Pflanzensamen auf Bezugchein und Quittung Nr. 100 der Lebensmittelkarte Nr. 1-4800.

Der Magistrat. Merseburg, den 18. März 1919.

Bekanntmachung

ausgabe von Pflanzensamen auf Bezugchein und Quittung Nr. 100 der Lebensmittelkarte Nr. 1-4800.

Der Magistrat. Merseburg, den 18. März 1919.

Bekanntmachung

ausgabe von Pflanzensamen auf Bezugchein und Quittung Nr. 100 der Lebensmittelkarte Nr. 1-4800.

Der Magistrat. Merseburg, den 18. März 1919.

Bekanntmachung

ausgabe von Pflanzensamen auf Bezugchein und Quittung Nr. 100 der Lebensmittelkarte Nr. 1-4800.

Der Magistrat. Merseburg, den 18. März 1919.

Bekanntmachung

ausgabe von Pflanzensamen auf Bezugchein und Quittung Nr. 100 der Lebensmittelkarte Nr. 1-4800.

Der Magistrat. Merseburg, den 18. März 1919.

Bekanntmachung

Gemäß den Bekanntmachungen des Bundesrats vom 22. November 1917 und vom 17. März 1918, betreffend Erhöhung der Grundbühne und Bemessung der Beiträge...

1. Der Grundbühne wird bis auf weiteres festgesetzt: für Klasse I auf 5,00 M, II auf 3,00 M, III auf 2,00 M.

Die Änderungen treten am 1. April 1919 in Kraft. Merseburg, den 14. März 1919.

Bekanntmachung

Der Vorstand der Landkrankenkasse Merseburg von Ämtern, Vorsitzender.

Lyzeum

a) Die Aufnahmeleistungen zu Eltern d. V. schulpflichtig werdenden Kinder, welche das hiesige Lyzeum besuchen sollen...

Merseburg, den 10. März 1919. Der Direktor.

Bekanntmachung

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg. Eingeladet zu dem Zweck, den Familien armer Arbeiter mit Rat und Tat in allen Lebenslagen zu unterstützen...

Merseburg, den 10. März 1919. Der Direktor.

Bekanntmachung

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg. Der geschäftsführende Vorstand.

Merseburg, den 10. März 1919.

Bekanntmachung

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg. Der geschäftsführende Vorstand.

Merseburg, den 10. März 1919.

Bekanntmachung

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg. Der geschäftsführende Vorstand.

Merseburg, den 10. März 1919.

Bekanntmachung

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg. Der geschäftsführende Vorstand.

Merseburg, den 10. März 1919.

Bekanntmachung

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg. Der geschäftsführende Vorstand.

Merseburg, den 10. März 1919.

Bekanntmachung

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg. Der geschäftsführende Vorstand.

Merseburg, den 10. März 1919.

Bekanntmachung

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg. Der geschäftsführende Vorstand.

Merseburg, den 10. März 1919.

Bekanntmachung

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg. Der geschäftsführende Vorstand.

Merseburg, den 10. März 1919.

Bekanntmachung

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg. Der geschäftsführende Vorstand.

Merseburg, den 10. März 1919.

Bekanntmachung

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg. Der geschäftsführende Vorstand.

Merseburg, den 10. März 1919.

Bekanntmachung

Freiwilliger Hilfsdienst in der Stadt Merseburg. Der geschäftsführende Vorstand.

Merseburg, den 10. März 1919.